

Von: [Nicole Hammer from Wissensgeist.TV](#)
An: info@psychiatrie-erfahrene-schweiz.org
Betreff: «Alle Kriege sind Bankerkriege»
Datum: Do., 17. Sept. 2026 06:50:22

Haben Sie diese E-Mail weitergeleitet? Für mehr Content [hier abonnieren](#)



☐ Jetzt ansehen

«Alle Kriege sind Bankerkriege»

Peter König über Weltbank, Dollarherrschaft, die City of London und das Geschäft hinter den Kriegen

NICOLE HAMMER
SEPT. 17





Von Nicole Hammer, Wissensgeist.TV

Jetzt abonnieren



Kriege, Drogenhandel und Menschenhandel: Sind sie voneinander unabhängige Verbrechen – oder Bestandteile eines globalen Geschäftsmodells?

Das Gespräch wurde am Mittwoch, 27. Mai 2026 aufgezeichnet.

Lesezeit: ca. 25 Minuten

Peter König war nach eigenen Angaben rund drei Jahrzehnte für die Weltbank tätig. Im Gespräch mit Wissensgeist.TV schildert der Ökonom und Autor, wie er internationale Finanzinstitutionen – von der Weltbank über den IWF (Internationaler Währungsfonds) bis zur amerikanischen Zentralbank Federal Reserve – von innen erlebt hat – und warum er sie heute nicht als neutrale Helfer, sondern als Teil eines Systems von Verschuldung, Rohstoffausbeutung und politischer Einflussnahme betrachtet.

Seine Argumentation führt von Westafrika über Ecuador, Peru und Griechenland zur Federal Reserve, zur City of London und zur weltweiten Vorherrschaft des US-Dollars. Sie reicht weiter zur Kriegswirtschaft, zu Versicherungen und Ölhandel, zu China und BRICS sowie zu den Versuchen rohstoffreicher Länder, ihre Geschäfte in anderen Währungen abzuwickeln.

Königs zentrale Frage ist einfach und unbequem: Wer profitiert, wenn Länder dauerhaft verschuldet bleiben, wenn Rohstoffe aus ihren Regionen abfließen und wenn Kriege immer neue Kredit-, Rüstungs- und Wiederaufbaugeschäfte schaffen?

Dieser Bericht zeichnet seine Perspektive nach. Die Quellen zeigen an konkreten Fällen, worüber König spricht: Kreditauflagen, Privatisierungsdruck, Rohstoffkonflikte, Rüstungsgewinne und die Kosten des Wiederaufbaus.

Das Wichtigste in Kürze:

- König beschreibt Verschuldung als politisches Machtinstrument für wirtschaftlichen Raubbau: Sie öffnet den Zugriff auf Rohstoffe, öffentliche Infrastruktur und ganze Volkswirtschaften – während die Gewinne abfließen und die Schulden bleiben.
- Unabhängige Untersuchungen, internationale Recherchen und Konflikte um Rohstoffprojekte stützen Königs Kritik an Weltbank, IWF und ihren Kreditauflagen: Kürzungen staatlicher Ausgaben und Subventionen, Privatisierungen und die Öffnung von Märkten für internationale Konzerne.
- Seine Formel «Alle Kriege sind Bankerkriege» richtet den Blick auf eine dokumentierte Kriegsökonomie: Rüstung, Kredite, Rohstoffe, Versicherungen und Wiederaufbau bilden ein enges wirtschaftliches Geflecht.
- In China, den BRICS-Staaten und neuen Infrastrukturprojekten wie dem Hafen von Chancay sieht König Anzeichen für eine multipolare Ordnung, in der sich Länder schrittweise aus der Dollarabhängigkeit lösen.

Drei Jahrzehnte Weltbank: Entwicklung oder Abhängigkeit?

König beginnt mit einer Erinnerung aus den 1970er-Jahren. Nach seinen ersten Missionen in Westafrika – vor allem in der Elfenbeinküste, aber auch in Benin, Togo und Burkina Faso – habe er in einem internen Weltbank-Treffen gewagt, eine grundsätzliche Frage zu stellen: Ob diese Länder ohne die grossen Entwicklungsbanken nicht besser fahren würden, weil sie eigene Kulturen, Werte und Formen des Zusammenlebens hätten.

Er sei damals beinahe aus dem Raum geworfen worden; man habe ihm gesagt, er sei neu und verstehe noch nicht, wie die Institution funktioniere. Heute fasst er seine Haltung so zusammen:

«Diese Länder, die wären viel besser dran ohne die sogenannte Entwicklungshilfe, sei es von der Weltbank, vom International Monetary Fund [Internationaler Währungsfonds, IWF], sei es von der Inter-American Development Bank, von all diesen großen multinationalen Banken.»

König kritisiert nicht jede Schule oder Wasserleitung, die mit Weltbankgeld gebaut wurde. Sein Punkt ist ein anderer: Kredite kamen oft mit Bedingungen – Privatisierungen, Kürzungen staatlicher Ausgaben und Subventionen sowie der Öffnung von Märkten. Dadurch konnte der politische Spielraum eines Landes enger werden. Nach seiner Darstellung funktionieren die regionalen Entwicklungsbanken – etwa die Asian Development Bank und die African Development Bank – nach demselben Muster wie die Weltbank.

Die Unterlagen zeigen, dass dies kein Einzelfall ist: Das unabhängige Evaluierungsbüro des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat ausführlich untersucht, wie Strukturanpassungsaufgaben in Kreditprogrammen wirkten. Es hielt fest, dass besonders detaillierte Auflagen häufig als eingreifend empfunden wurden und die nationale Verantwortung für Reformprogramme schwächen konnten. Die von der Weltbank beauftragte *Extractive Industries Review* (Überprüfung der Rohstoffindustrie) stand unter Leitung von Emil Salim, einem indonesischen Ökonomen, ehemaligen Politiker und ersten Umweltminister Indonesiens. Der Bericht rückte soziale, ökologische und menschenrechtliche Folgen von Rohstoffprojekten in den Mittelpunkt. Eine internationale Recherche des International Consortium of Investigative Journalists (Internationales Konsortium investigativer Journalisten, ICIJ) dokumentierte zudem, dass weltbankfinanzierte Projekte über Jahre hinweg Millionen Menschen aus ihren Häusern und von ihrem Land verdrängten oder ihnen die wirtschaftliche Grundlage entzogen. Familien mussten etwa für Staudämme, Bergbau- oder Infrastrukturprojekte umziehen; andere verloren Felder, Wasserzugang, Fischgründe oder ihre Arbeit – und damit ihr Einkommen, obwohl sie an ihrem Wohnort blieben. IWF Independent Evaluation Office, Weltbank: «Striking a Better Balance», ICIJ: «Evicted and Abandoned»

Wasser als öffentliches Gut

Besonders anschaulich erzählt König von Ecuador. In Quito habe die Weltbank nach seiner Darstellung auf eine Privatisierung der städtischen Wasserversorgung gedrängt. Der damalige Bürgermeister habe sich dem widersetzt: Wasser müsse öffentlich bleiben. Gemeinsam sei stattdessen ein «Twinning-Projekt» entwickelt worden: eine fachliche Städtepartnerschaft mit einer Stadt, die nach Königs Erinnerung in Brasilien lag und über ein funktionierendes Wassersystem verfügte. Fachleute hätten sich über mehrere Jahre ausgetauscht, ohne dass die kommunale Tarif- und Entscheidungshoheit verloren gegangen sei.

Sein Punkt ist konkret: Statt die Wasserversorgung an private Anbieter abzugeben, sollte Quito Fachwissen austauschen – und Tarife sowie Entscheidungen in kommunaler Hand behalten.



Klima, Militär und Umwelt

Eine Frage drängt sich auf und sie hat politische Sprengkraft: Wenn ein Ölfeld brennt, Panzerketten Böden und Flüsse aufwühlen oder eine Raffinerie bombardiert wird – wo tauchen diese Schäden in der Klimabilanz auf? König erinnert sich, wie die Umwelta Abteilung der Weltbank sich zunehmend in eine Klimaabteilung verwandelte – während zugleich eine der grössten Umweltbelastungen der Welt aus der Debatte praktisch verschwand: der Krieg.

Das ist kein Versehen. Es steht im Regelwerk. Für bestimmte multilaterale Militäroperationen sah das Kyoto-Protokoll ausdrücklich Ausnahmen bei der nationalen Emissionsbilanz vor – eine Lücke, die bis heute besteht. Das Conflict and Environment Observatory (Beobachtungsstelle für Konflikte und Umwelt) hat nachgerechnet: Militärische Emissionen tauchen in offiziellen Statistiken oft gar nicht auf, werden nur teilweise erfasst oder mit zivilen Quellen vermischt. Der weltweite Militärssektor samt Lieferketten steht schätzungsweise für rund 5,5 Prozent der globalen Emissionen. Weil militärische Daten oft fehlen, unvollständig sind oder nicht getrennt ausgewiesen werden, ist das keine vollständige Bilanz, sondern eine Schätzung. [National Security Archive](#), [UNFCCC: Entscheidung 2/CP.3](#), [Conflict and Environment Observatory](#)

Die politische Frage liegt auf der Hand: Warum müssen Bürger ihren CO₂-Fussabdruck bis aufs Kilo kennen, während die Emissionen von Streitkräften häufig nicht einmal getrennt ausgewiesen werden? Ein Teil der Antwort liegt in der Rohstoffausbeutung selbst. Viele der grossen Kriege der Gegenwart drehen sich direkt um Öl, Gas und Pipelines – brennende Raffinerien und bombardierte Öllager gehören längst zum festen Bild dieser Konflikte. Wer die Klimakosten von Kriegen offenlegen müsste, würde damit zugleich offenlegen, wie eng moderne Kriegsführung selbst mit dem fossilen Rohstoffgeschäft verflochten ist. Ohne getrennte Zahlen kann niemand prüfen, was Panzer, Kampffjets, Kriegsschiffe und zerstörte Infrastruktur tatsächlich an Emissionen verursachen. Zugleich bleibt unsichtbar, worum es bei vielen dieser Kriege geht: um die Kontrolle über Öl, Gas

und ihre Transportwege.

Krieg ist die grösste Umweltsau. Warum steht das bei den Grünen nicht viel stärker im Zentrum? Seit den Kyoto-Verhandlungen in den 1990er-Jahren mussten Staaten ihre militärischen Emissionen nicht vollständig melden; die USA setzten diese Ausnahme aus Gründen der nationalen Sicherheit durch, das Pariser Abkommen von 2015 machte Berichte dazu nur freiwillig. Die Folgen lassen sich an den grossen Kriegen der Gegenwart direkt ablesen: Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat bislang schätzungsweise 311 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent verursacht – so viel wie Frankreichs gesamter Jahresausstoss (Initiative on GHG Accounting of War, [Bericht via Wodne Sprawy](#)). Für den Krieg in Gaza errechnete eine Studie der Queen Mary University of London mehr als 33 Millionen Tonnen ([Lancaster University](#)), für den amerikanisch-israelischen Krieg gegen Iran allein in den ersten zwei Kriegswochen seit Ende Februar 2026 mehr als 5 Millionen Tonnen – mehr als der jährliche Gesamtausstoss Islands ([Climate and Community Institute: Research Snapshot](#)). Solche Kriegsbilanzen werden bisher vor allem von unabhängigen Forschungsgruppen erstellt; in den offiziellen UNFCCC-Meldungen der beteiligten Staaten sind militärische Emissionen kein verpflichtender, gesonderter Posten. Selbst wo einzelne Parlamente konkret nachfragen, wie 2019 grüne Abgeordnete im deutschen Bundestag zur vollständigen Klimabilanz der Bundeswehr, bleibt eine wirklich vollständige Antwort meist aus. [The Conversation: Wars destroy lives and the climate](#), [Deutscher Bundestag, Drucksache 19/15249](#)

Krieg heisst aber nicht nur Treibstoffverbrauch. Krieg heisst brennende Industrieanlagen, vergiftete Böden und Flüsse, Trümmerberge, liegen gebliebene Munition, jahrelanger Wiederaufbau. Für die Ukraine spricht das Umweltprogramm der Vereinten Nationen von einer erheblichen Umweltzerstörung und einem toxischen Erbe, das Boden, Wasser und Luft noch lange nach Kriegsende belastet. [UNEP: Umweltfolgen des Krieges in der Ukraine](#)

Und während all das kaum verbucht wird, zahlt der Bürger eine ganz andere Rechnung. Wer im Winter die Heizung zurückdreht oder an der Tankstelle nachrechnet, spürt die Klimapolitik direkt im eigenen Portemonnaie. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung fordert deshalb ein Klimageld als sozialen Ausgleich – und macht zugleich klar, dass für viele Härtefälle bis heute keine Lösung existiert. [DIW Berlin: Klimageld als sozialer Ausgleich](#)

Am anderen Ende der Skala: die Superyacht. Eine einzige durchschnittliche

Superyacht verursacht laut einer Oxfam-Analyse von 23 solchen Schiffen jährlich rund 5.672 Tonnen CO₂ – so viel wie ein durchschnittlicher Mensch in 860 Jahren. Und doch bleiben Superyachten und Privatjets von der EU-CO₂-Bepreisung und zentralen internationalen Emissionsregeln weitgehend verschont. Oxfam: Superyachten und Privatjets, Oxfam-Studie «Carbon Inequality Kills»

Die Rechnung, die daraus entsteht, ist so einfach wie unbequem: Panzer, Kampffjets, Kriegstrümmer und Superyachten bleiben aussen vor. Die Heizung im Wohnzimmer nicht. Wer für alle dieselben Massstäbe fordert, kommt an dieser Schieflage nicht vorbei – und genau das ist der Punkt, an dem Königs Kritik trifft.

Verschuldung, Rohstoffe und die Logik des Washington Consensus

König verbindet seine Erfahrungen mit dem Begriff «Washington Consensus». Darunter versteht er ein wirtschaftspolitisches Leitbild, das Kredite häufig mit Privatisierung, Liberalisierung, Kürzungen staatlicher Ausgaben und Subventionen sowie der Öffnung für internationales Kapital verknüpfe. Für ihn sind solche Programme oft «Blank Checks» – Blankoschecks, also ein Freipass für immer neue Kredite. Selbst wenn ein Land die geforderten Auflagen nicht erfüllt, fliesst das Geld nach seiner Darstellung weiter. So bleibt es im Schuldenkreislauf.

Der Begriff «Washington Consensus» geht auf den Ökonomen John Williamson zurück, der ihn 1989 prägte. Weltbank und IWF setzten Strukturanpassungsprogramme bereits zuvor in vielen Ländern ein. König legt den Schwerpunkt jedoch auf die menschliche und politische Seite dieser Programme: Wer entscheidet darüber, ob Wasser, Bildung, Gesundheit oder Energie in öffentlicher Hand bleiben? Wer erhält Zugang zu Rohstoffen? Und wer trägt die Folgen, wenn ein Land die verlangten Reformen nicht überlebt? John Williamson / PIIE, Weltbank-Zeitleiste zum ersten Structural Adjustment Loan

Cajamarca: Goldreichtum ohne Wohlstand

Als besonders eindrückliches Beispiel nennt König den Bergbau in Peru. Er spricht über Cajamarca und die Yanacocha-Goldmine, die der US-Goldbergbaukonzern Newmont betreibt, sowie über Glencore als Beispiel für Kupferabbau, bei dem regelmässig auch Gold anfällt. Er beschreibt die Kluft zwischen dem Reichtum im Boden und den Lebensverhältnissen vieler Menschen in der Region. Nach seiner

Darstellung fliessen die grossen Gewinne aus der Förderung ab, während vor Ort Krater, belastetes Wasser, sozialer Druck und Konflikte zurückblieben.

Ein dokumentierter Fall aus derselben Bergbauregion zeigt, was solche Konflikte für einzelne Familien bedeuten können: Máxima Acuña de Chaupe, eine peruanische Bäuerin aus Cajamarca, kämpfte darum, auf ihrem Land bleiben zu können. Die von Newmont, einem der grössten Goldminenkonzerne der Welt, kontrollierte Minera Yanacocha beanspruchte das Grundstück für das Conga-Projekt. Die Familie verklagte später Newmont und mehrere Tochtergesellschaften. In ihrer Klage warfen Máxima Acuña de Chaupe und ihre Familie dem US-Goldminenkonzern Newmont und dessen Beauftragten vor, sie seit 2011 mit körperlichen Angriffen, Einschüchterungen sowie Drohungen mit dem Tod oder körperlicher Gewalt von ihrem Land vertreiben zu wollen. EarthRights: Máxima Acuña-Atalaya v. Newmont Mining Corp., Klageschrift, September 2017

Die Region Cajamarca macht sichtbar, warum König diese Frage so grundlegend stellt. Trotz jahrzehntelangem Goldabbau lebten dort 2024 nach offiziellen peruanischen Zahlen 45 Prozent der Bevölkerung in Armut, fast jeder Fünfte in extremer Armut – die höchste Armutsquote ganz Perus. Die Ombudsstelle der Weltbank dokumentierte zudem den Quecksilberunfall von Choropampa im Jahr 2000, bei dem 151 Kilogramm Quecksilber auf einer Strasse verschüttet wurden und Anwohner gesundheitlich belastete. Goldabbau brachte Cajamarca also keinen automatischen Wohlstand: Der dokumentierte Quecksilberunfall und diese höchste Armutsquote des Landes zeigen, wie weit Rohstoffreichtum und Lebensrealität dort auseinanderliegen. INEI: Armut in Peru 2024, Compliance Advisor Ombudsman: Yanacocha/Cajamarca

König spricht nicht nur über vergiftete Böden und fehlendes Trinkwasser, sondern auch über die soziale Verwüstung rund um den Bergbau. Mit dem Zuzug der Minenarbeiter sei Cajamarca, so beschreibt er es, «zu einem mächtigen Bordell geworden». Seine Worte lenken den Blick auf eine Schattenseite des Rohstoffbooms: Wo eine arme Region von vielen, meist männlichen Arbeitskräften überrollt wird, wachsen Märkte für Prostitution. Frauen und Mädchen geraten leichter in wirtschaftliche Abhängigkeit und in die Gefahr sexueller Ausbeutung.

Das beschriebene Muster ist auch in der Forschung dokumentiert, auch wenn sich diese nicht spezifisch auf Yanacocha bezieht: UNICEF weist darauf hin, dass der Zuzug von Arbeitskräften in Bergbauregionen allgemein die Gefahr sexueller

Ausbeutung von Kindern in den umliegenden Gemeinden erhöhen kann. Eine Untersuchung zu illegalem Goldbergbau in Peru nennt zudem Kinderarbeit und die Prostitution Minderjähriger als Teil dieses Umfelds. Gold schafft also nicht nur Gewinne und Exportzahlen. Es kann auch Armut, Abhängigkeit und Ausbeutung verschärfen – und die Folgen tragen oft Frauen und Kinder. UNICEF: Kinderrechte und Bergbau, Verité: Zwangsarbeit und Menschenhandel im illegalen Goldbergbau Perus

Solche Fälle sind für König keine Randgeschichten. Sie sind der konkrete Ausdruck dessen, was er «Ausbeutung» nennt: Eine Wirtschaftsordnung wird nach Bilanzen und Exporten beurteilt, während die betroffenen Menschen mit Wasserknappheit, Landverlust, Gewalt und dem Verlust ihrer Lebensgrundlage leben müssen.

Der Preis des Goldes

Auch der Goldrausch hat einen menschlichen Preis. In handwerklichen, informellen und illegalen Goldminen Perus arbeiten Kinder unter gefährlichen Bedingungen. Die Interamerikanische Entwicklungsbank finanzierte in Puno ein Programm, das ausdrücklich Kinderarbeit in solchen Goldminen verringern sollte.

Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Menschenhandel gehören nicht zwangsläufig zu jeder industriellen Mine. Sie sind jedoch Teil jenes oft unsichtbaren Goldgeschäfts, das dort wächst, wo Armut, fehlende staatliche Kontrolle und die Jagd nach schnellem Gewinn zusammenkommen. Kinder verlieren Schule und Gesundheit; Erwachsene geraten in extreme Abhängigkeit. Wer am Ende nur den Goldpreis sieht, sieht nicht die Menschen, die ihn bezahlen. ILO: Child Labour in Mining and Global Supply Chains, IDB: Reducción de Trabajo Infantil en Minas de Oro Artesanales en Puno, Indicadores de Trabajo Forzoso en la Minería Ilegal de Oro en el Perú

Griechenland: Wenn Schulden politische Möglichkeiten verschliessen

Die griechische Schuldenkrise war für König ein europäisches Lehrstück derselben Logik. Er berichtet von einem Treffen internationaler Ökonomen in Delphi, an dem unter anderen Michael Hudson und der Russe Sergei Glasjew, früherer persönlicher Wirtschaftsberater Wladimir Putins, teilgenommen hätten. Die Gruppe habe einen Weg diskutiert, auf dem Griechenland seine Währungshoheit zurückgewinnen und direkt mit Gläubigern verhandeln könnte. Michael Hudson: Archiv Juni 2015

König sieht darin eine verpasste Chance. Er verbindet die Krise mit einer Frage, die

ihn seit seiner Weltbankzeit begleitet: Was geschieht mit einer Demokratie, wenn die entscheidenden wirtschaftspolitischen Optionen vor allem von Kreditgebern, Banken und supranationalen Institutionen gesetzt werden?

Nach König habe der damalige Finanzminister Yanis Varoufakis einen Euro-Austritt Griechenlands angestrebt und sei deshalb von einem «internationalen Finanzgeheimdienst» bedroht worden.

Der Kern von Königs Kritik bleibt davon unabhängig: Schulden können zu einem Instrument werden, mit dem gesellschaftliche und demokratische Entscheidungen unter erheblichen Druck geraten.

Dollar, Federal Reserve und die Macht der Finanzzentren

Ein grosser Teil des Gesprächs kreist um die Rolle des US-Dollars. König beschreibt die Dollarordnung als ein System, das weit über den normalen Währungshandel hinausreiche. Der Dollar sei Reservewährung, Handelswährung und Kreditwährung zugleich. Wer Öl, Rohstoffe, internationale Verträge und Staatsfinanzierung über Dollarstrukturen lenke, verfüge deshalb über aussergewöhnliche Macht.

König erinnert an das Ende der Goldbindung des Dollars 1971 und zeichnet nach, wie Washington in den frühen Siebzigerjahren mit Saudi-Arabien, einem führenden Mitglied der OPEC (Organisation erdölexportierender Länder), eine neue Grundlage für die Dollarherrschaft legte: Öl sollte künftig in US-Dollar gehandelt werden, während die USA militärischen Schutz zusagten. Ein Telegramm des US-Aussenministeriums vom März 1974 dokumentiert, dass Washington damals mit Saudi-Arabien über Öllieferungen, saudische Investitionen in den USA und militärische Zusammenarbeit verhandelte. [US-Aussenministerium, historisches Dokument](#)

König sieht darin die Grundlage einer dauerhaften weltweiten Nachfrage nach der amerikanischen Währung. Die Entwicklungen rund um BRICS – ein Staatenbündnis aus Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika und mittlerweile weiteren Ländern –, den Yuan-Handel und bilaterale Abkommen liest er als Gegenbewegung: Viele Länder suchten nach Wegen, sich von einer ausschliesslichen Dollarabhängigkeit zu lösen. Schon bei den Bretton-Woods-Verhandlungen 1944 hätten die beteiligten

Länder stattdessen so etwas wie die Sonderziehungsrechte des IWF einführen können – einen Korb mehrerer Währungen, der die Wirtschaftsleistung mehrerer Länder abbildet.

Ein einfaches Beispiel zeigt, warum König diesen Weg für sinnvoll hält: Ein Land verkauft Rohstoffe an einen Handelspartner. Wird der Preis in Dollar festgelegt, müssen beide Seiten zunächst mit Dollar arbeiten, obwohl der Dollar in keinem der beiden Länder die eigene Währung ist. Steigt der Dollar vor der Zahlung um zehn Prozent, braucht der Käufer zehn Prozent mehr seiner eigenen Währung, um dieselbe Dollarrechnung zu begleichen.

Königs Vorschlag lautet: Die Länder handeln direkt in ihren eigenen Währungen oder legen den Preis in einem Währungskorb fest. Das ist eine Mischung aus mehreren Währungen. Vereinfacht gesagt: Besteht der Korb aus vier gleich gewichteten Währungen und eine davon schwankt um zehn Prozent, verändert sich der gesamte Korb nur um rund zweieinhalb Prozent. Keine einzelne Währung kann das Geschäft allein aus den Angeln heben.

Für König liegt darin der entscheidende Vorteil: Handelspartner müssten nicht mehr zuerst über den Dollar und das von Washington beherrschte Finanzsystem gehen. Sie könnten Preise, Rohstoffe und Zahlungswege stärker nach ihrer eigenen Wirtschaftskraft und ihren eigenen Interessen organisieren. Das verteilt die Macht über den Handel auf mehrere Schultern, statt sie bei einer einzigen Währung zu konzentrieren.

Die Stellung des Dollars im internationalen Finanzsystem ist weiterhin ausserordentlich stark. Die COFER-Statistik des IWF – sie erfasst, in welchen Währungen Zentralbanken weltweit ihre Reserven halten – zeigt ihn nach wie vor als mit Abstand wichtigste Reservewährung. Zugleich gewinnen lokale Währungen, bilaterale Abrechnungen und neue Zahlungswege an Bedeutung. Für König ist dieser Übergang kein technisches Detail, sondern eine Frage politischer Souveränität. IWF: COFER-Statistik

Die Federal Reserve und Jekyll Island

König beschreibt die Federal Reserve als Ausdruck eines Systems, in dem öffentliche Staatsmacht und private Finanzinteressen eng ineinandergreifen. Besonders wichtig ist für ihn die Entstehungsgeschichte der Fed: 1910 trafen sich Senator Nelson Aldrich, führende Banker und Fachleute auf Jekyll Island, um einen Plan für eine

neue US-Geldordnung zu entwerfen. Das Treffen blieb lange geheim; sein Konzept prägte den späteren Aufbau der Federal Reserve. Federal Reserve History: «The Meeting at Jekyll Island»

Diese historische Verbindung erklärt, warum König die Zentralbank nicht nur als technische Institution betrachtet. Er fragt nach den Interessen hinter Geldschöpfung, Kreditvergabe und Staatsverschuldung. Autoren wie William Greider und Roger Lowenstein haben die langen Auseinandersetzungen um demokratische Kontrolle, Bankenmacht und die Architektur der Federal Reserve ausführlich beschrieben.

König verweist zudem auf die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel: Zentralbanken, die – wie die iranische – nicht Mitglied der BIZ seien, stünden nach seiner Einschätzung ausserhalb eines zentralen Teils dieses Systems. Auch die City of London spielt in Königs Analyse eine zentrale Rolle. Er beschreibt sie als eine rechtlich eigenständige «Square Mile», die weder zu London noch zum Vereinigten Königreich gehöre, sondern autonom sei – ähnlich dem Vatikan. König bezeichnet die City zudem als historische Hochburg der Freimaurer und sieht sie als Finanzzentrum mit historisch gewachsenen Sonderstrukturen, globalen Netzwerken, Versicherungen, Rückversicherungen und erheblichen Möglichkeiten, Kapitalströme zu lenken. Ihre Bedeutung für internationale Finanzmärkte, Offshore-Strukturen und den Handel hat eine breite Literatur beschrieben, etwa Tony Norfield in *The City* und Nicholas Shaxson in *Treasure Islands*.

König geht in seiner Deutung noch weiter: Er sieht die Fed von der City of London aus gegründet und die Familie Rothschild sowie Finanzakteure wie BlackRock im Zentrum der dahinterstehenden Netzwerke; diese weitergehende Zuschreibung stellt er als seine eigene Analyse vor. Entscheidend ist für ihn die grössere Frage: Wer verfügt in einer Krise über die Finanzmittel, die Kreditkanäle und die Möglichkeit, wirtschaftliche Entscheidungen zu erzwingen?

«Alle Kriege sind Bankerkriege»

«Man kann sagen, alle Kriege sind Bankerkriege, was ich auch sage, und ich würde sogar noch weitergehen und sagen: Die meisten Kriege sind nicht nur Bankerkriege, sondern City-of-London-Kriege.»

Er meint damit nicht allein Banken im engen Sinn. Gemeint ist ein ganzer

Wirtschaftskreislauf aus Rüstung, Rohstoffhandel, Versicherung, Kreditvergabe, Währungspolitik, Wiederaufbau und Spekulation. Krieg zerstöre Leben und Länder – und eröffne zugleich Geschäftsmodelle für diejenigen, die Waffen liefern, Kredite vergeben, Rohstoffe handeln oder später am Wiederaufbau verdienen.

Sein Bild dafür lautet:

«Zuerst zerstören, dann wieder aufbauen – und dann den Heilsbringer spielen.»

Dokumentierte Entwicklungen geben dieser Sicht eine greifbare Grundlage. Schon Präsident Dwight D. Eisenhower warnte 1961 vor der wachsenden Macht eines «militärisch-industriellen Komplexes». Heute verzeichnet SIPRI für die hundert grössten Rüstungsunternehmen Rekordumsätze: 2024 lagen sie zusammen bei 679 Milliarden Dollar. Studien zur Pentagon-Beschaffung zeigen zudem, wie stark öffentliche Militärausgaben an private Unternehmen fliessen. Der Bericht *Investing in the Arms Race* von PAX, ICAN und Profundo dokumentiert umfangreiche Finanzbeziehungen von Banken und Investoren zu Atomwaffenproduzenten. [US-Nationalarchiv: Eisenhowers Abschiedsrede](#), [SIPRI Top 100](#), [PAX/ICAN/Profundo](#)

König fragt deshalb, warum die Welt so viel wirtschaftliche Energie in Krieg und Abschreckung stecke, während Frieden, Infrastruktur, Bildung, Gesundheit und lokale Versorgung häufig als Kostenfaktor behandelt würden. Seine Kritik richtet sich gegen eine Kultur, in der kurzfristiger Gewinn wichtiger werde als langfristige Stabilität.

Nach eigener Berechnung ist die amerikanische Kriegsindustrie – direkt und indirekt – so gross, dass Frieden das bestehende System erschüttern würde. Er formuliert es drastisch:

«Kannst du dir vorstellen, wenn morgen Frieden ist, dann klappt die ganze USA zusammen, und das Imperium ist zerstört.»

Der dokumentierte wirtschaftliche Umfang von Rüstung, Kriegskosten, Zinsen und Wiederaufbau macht seine Frage nach den materiellen Interessen hinter dauerhaften Konflikten unverzichtbar.

Straße von Hormus, Öl und die Macht der

Versicherung

Besonders anschaulich wird Königs Analyse dort, wo er über die Straße von Hormus spricht. Für ihn entscheidet nicht allein, ob ein Schiff physisch fahren kann.

Entscheidend sei auch, ob es versichert werde, ob Reedereien Kriegsrisiken tragen, wie Märkte auf Nachrichten reagieren und welche Erwartungen Spekulanten an den Börsen erzeugen.

König beschreibt Rückversicherer und Finanzakteure als einen oft übersehenen Hebel geopolitischer Macht. Sein Punkt lässt sich an einem einfachen Bild zeigen: Ein Schiff muss nicht versenkt werden, um eine Handelsroute faktisch zu blockieren. Wenn die Kriegsversicherung unbezahlbar wird oder entfällt, fährt es nicht mehr. Genau das liess sich an der Straße von Hormus beobachten: Kriegsrisikoprämien für Tanker stiegen von rund 0,25 Prozent des Schiffswerts vor dem Krieg auf zeitweise 3 bis 10 Prozent – bei einem 100-Millionen-Dollar-Tanker ein Sprung von etwa 250'000 auf bis zu 10 Millionen Dollar pro Fahrt. Der Schiffsverkehr durch die Strasse brach in der Folge um rund 95 Prozent ein, von durchschnittlich 178 Durchfahrten täglich auf einen Bruchteil davon. Von den Preisausschlägen profitierten nach Königs Einschätzung vor allem Spekulanten – allen voran Grossinvestoren wie BlackRock. [The National: Kriegsrisikoprämien für Hormus-Tanker](#), [World Economic Forum: Ausfall der Kriegsversicherung in Hormus](#)

König geht weiter und vermutet, ein grosser Teil dessen, was aus der Straße von Hormus gezeigt werde, existiere «gar nicht in Wahrheit, sondern ist simuliert» – mit künstlicher Intelligenz erzeugte Bilder, die echt wirkten. Er nennt den gesamten Konflikt deshalb einen «Schauspielkrieg».

China, BRICS und neue Verbindungen

Während König die westliche Ordnung vor allem als kredit- und kriegsgetrieben beschreibt, sieht er in China und dem «Global South» eine andere Entwicklung: die wachsende Bedeutung von Infrastruktur, Handel in lokalen Währungen und diplomatischer Zusammenarbeit.

Als Beispiel nennt er die von China vermittelte Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Iran im März 2023. Dass diese Annäherung in Peking vereinbart wurde, war ein sichtbares Zeichen dafür, dass

China längst nicht mehr nur wirtschaftlich, sondern auch diplomatisch als Vermittler auftritt. [Reuters zur Wiederannäherung Saudi-Arabiens und Irans](#)

Belt and Road und der Hafen von Chancay

König beschreibt die [Belt and Road Initiative](#) (auch Neue Seidenstraße genannt) – Chinas globales Programm für neue Handels- und Infrastrukturverbindungen – als ein Netz aus Land-, See- und Bahnverbindungen, das Länder miteinander verbinden und neue Handelsräume schaffen könne. Besonders wichtig ist ihm der Hafen von Chancay in Peru. Für ihn steht dieses Projekt für eine andere Art geopolitischen Einflusses: Infrastruktur statt militärischer Präsenz, Handelswege statt militärischer Blöcke.

Der Tiefwasserhafen wurde im November 2024 eröffnet; Chinas Präsident Xi Jinping nahm an der Eröffnung per Videoschaltung teil. Das von Cosco entwickelte Projekt verbindet die pazifische Küste Südamerikas direkter mit China und kann Handelszeiten verkürzen. [AidData: Chancay als Tor nach Südamerika](#), [Reuters zum Start einer Direktverbindung Guangzhou–Chancay](#)

König sieht in Chancay die Möglichkeit, dass südamerikanische Länder sich wirtschaftlich stärker untereinander und mit Asien verbinden. Der Hafen wird damit für ihn zum Symbol einer Welt, in der Handelswege nicht mehr allein über die bisherigen westlichen Machtzentren führen.

Taiwan, BRICS und Multipolarität

Auch auf Taiwan blickt König vor allem durch die wirtschaftliche Realität. Er verweist auf Handelsbeziehungen, gemeinsame Industrieprojekte und persönliche Verbindungen zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland, sowie auf einen regen Austausch von Arbeitskräften zwischen beiden Seiten der Straße. Daraus leitet er die Hoffnung ab, dass wirtschaftliche Verflechtung langfristig stärker sein könnte als militärische Eskalation. König verweist zudem auf Gespräche südkoreanischer Bekannter aus dem Umfeld des südkoreanischen Präsidenten Lee, der auf eine pragmatischere Annäherung an China setze.

König verweist auf die grossen amerikanischen Militärbasen in der Region, darunter Camp Humphreys in Südkorea. In Südkorea waren bis 1991 auch US-Atomwaffen stationiert. [National Security Archive](#) Auch beim Handel zwischen Südkorea und China sieht König einen deutlichen Vorsprung gegenüber dem Handel mit den USA.

Iran sei nicht nur Teil der BRICS-Staaten, sondern auch der von China und Russland getragenen Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) – für König ein weiterer Beleg dafür, dass sich Machtzentren jenseits der bisherigen Dollarordnung formieren. Bei BRICS selbst erwartet er keine schnelle gemeinsame Währung nach dem Vorbild des Euro. Wichtiger sei, dass immer mehr Länder ihre Handels- und Reservepolitik diversifizieren. Aus seiner Sicht entsteht Multipolarität nicht durch einen einzigen grossen Umsturz, sondern durch viele praktische Entscheidungen: mehr Handel in Landeswährungen, neue Infrastruktur, unabhängige Zahlungssysteme und Kooperationen ausserhalb der bisherigen Dollarordnung.

Venezuela und die Frage der Energiesouveränität

Venezuela verbindet König besonders eng mit der Dollarfrage. Er war nach eigener Aussage vor rund zehn Jahren zu einer Wirtschaftskonferenz im Land eingeladen. Dort sei darüber gesprochen worden, Öl und Gas nicht ausschliesslich in Dollar, sondern in Yuan, Landeswährung oder einem Währungskorb abzurechnen.

Für König zeigt Venezuela, wie stark Öl, Währung und geopolitische Macht miteinander verbunden sind. Unter den bis Januar 2026 geltenden US-Sanktionen verkaufte Venezuela einen Grossteil seines Öls mit Preisabschlägen an China; seit Maduros Festnahme hat sich das Bild verschoben, und Indien hat China als grössten Ölabnehmer Venezuelas abgelöst. [Bloomberg: Indien löst China als grössten Ölabnehmer Venezuelas ab](#)

Im Januar 2026 übernahm Delcy Rodríguez die Amtsgeschäfte als geschäftsführende Präsidentin. Danach öffneten die USA neue Spielräume für Ölkonzerne und für die wirtschaftliche Neuordnung Venezuelas. [Reuters zur Amtsübernahme von Delcy Rodríguez](#), [Reuters zu neuen Ölregelungen](#)

König deutet das zurückhaltende Verhalten grosser Mächte und die raschen wirtschaftlichen Anpassungen als Indiz für ein «Welttheater». Diese Deutung bleibt seine politische Analyse. Sie knüpft jedoch an eine dokumentierte Erfahrung vieler rohstoffreicher Länder an: Politische Umbrüche und Energiepolitik lassen sich selten von den Interessen internationaler Finanz- und Wirtschaftsmächte trennen.

Offene Ermittlungsfragen: Menschenhandel, Geheimdienste und Organhandel

Im letzten Teil des Gesprächs weitet König den Blick auf Menschenhandel, Drogenhandel, Geheimdienste und die Behandlung von Opfern in Kriegsgebieten. Er verbindet diese Themen mit seiner Grundfrage nach Macht und Verschleierung: Was wird öffentlich untersucht, welche Akten bleiben verschlossen und wessen Stimmen werden gehört?

König bezeichnet das enge Zusammenspiel der USA und Israels im Iran-Konflikt als «USrael» und sieht darin auch eine Folge von Donald Trumps Abhängigkeit vom Wohlwollen des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. In diesem Zusammenhang nennt König auch Jared Kushner, den Ehemann von Trumps Tochter Ivanka, den er als «Erz-Zionisten» bezeichnet und von Trump für verschiedene Aufgaben eingesetzt sieht. Zionismus bezeichnet eine politische Ideologie und ist nicht mit Judentum oder jüdischen Menschen gleichzusetzen; auch christliche Gruppen vertreten zionistische Positionen. Ausgangspunkt ist für König das Verhältnis zwischen Iran und Israel: Der Iran habe Israel seinerseits über Jahrzehnte nicht provoziert, während Israel über «mindestens 300» Atomsprengköpfe verfüge, ohne dass dies international thematisiert werde. Für König ist die zentrale Frage: Warum wird dieses Arsenal international so selten offen behandelt?

Im Fall Jeffrey Epstein verweist König auf die langjährige Forderung nach vollständiger Transparenz. Dass der Fall über Jahre durch ein ungewöhnlich mildes Abkommen und durch institutionelles Versagen geprägt war, ist durch die Recherchen von Julie K. Brown sowie durch die Arbeit von Anwälten betroffener Frauen breit dokumentiert. König versteht den Epstein-Komplex zudem als mögliches Netzwerk von Erpressung und geheimdienstlicher Machtpolitik und spricht von einer «unheimlichen Triade» aus CIA, MI6 und Mossad; diese weitergehende Deutung stellt er als seine politische Analyse vor.

Auch beim Drogenhandel verweist König auf die Geschichte der Contras. Der Bericht des US-Senats *Drugs, Law Enforcement and Foreign Policy* dokumentiert reale Verbindungen zwischen US-Außenpolitik, Contra-Netzwerken und Drogengeschäften in Mittelamerika. Für König ist dies ein wichtiger Hinweis darauf, dass die Finanzierung verdeckter Politik nicht nur über offizielle Haushalte betrachtet werden darf. US-Senat: «Drugs, Law Enforcement and Foreign Policy»

Zur Einordnung stehen zwei dokumentierte Fälle: Am israelischen Abu-Kabir-

Institut wurden in den 1990er-Jahren Gewebe und Organe ohne Zustimmung der Angehörigen entnommen. Im Kosovo-Konflikt hielt der Europarats-Sonderermittler Dick Marty Indizien zu Organhandelsvorwürfen fest und forderte eine unabhängige Untersuchung. [The Guardian zu Abu Kabir](#), [Europarat: Bericht 12462](#)

König sagt im Gespräch, ausserhalb der grossen Medien werde über Organentnahmen an getöteten Palästinensern berichtet. Einige Ärzte, die dort gearbeitet hätten, beschrieben diese Vorgänge nach seiner Darstellung.

Ungarn: Energiepolitik zwischen Ost und West

Zum Abschluss richtet König den Blick auf Ungarn. Im April 2026 gewann Péter Magyar die Tisza-Partei die Parlamentswahl mit klarer Mehrheit ([Reuters zum Wahlergebnis](#)); Magyar wurde am 9. Mai 2026 als Ministerpräsident vereidigt. König berichtet, Magyar habe früh angekündigt, die Öl- und Gasbeziehungen zu Russland trotz der Haltung Brüssels aufrechtzuerhalten. Während der Hormus-Krise habe ein staatlicher Preisdeckel die ungarische Bevölkerung vor den stärksten Ausschlägen an der Zapfsäule geschützt – ein Deckel, den die Vorgängerregierung unter Viktor Orbán bereits im März 2026 eingeführt hatte. [Reuters zur Vereidigung Magyars](#), [Reuters zum Preisdeckel](#)

Hinter dem politischen Wechsel in Budapest vermutet König zusätzlich eine gezielte Einflussnahme europäischer Geheimdienste; diese Deutung bleibt seine eigene Einschätzung. Trotz des Machtwechsels sieht König zwischen Orbán und Magyar in der Energiepolitik weiterhin Kontinuität: Er verweist dabei vor allem auf die Fortsetzung der Öl- und Gasbeziehungen zu Russland – für ihn ein Hinweis darauf, dass Ungarns Kurs gegenüber Moskau und Brüssel im Kern stabiler bleiben könnte, als der Machtwechsel zunächst vermuten lässt.

Königs Gegenentwurf: Souveränität, Zusammenarbeit und Frieden

Peter König will mit seinem Gespräch nicht nur Missstände aufzählen. Immer wieder kehrt er zu einer einfachen Gegenfrage zurück: Warum wird so viel Geld mit Krieg, Ausbeutung und Spekulation verdient – und so wenig mit Frieden?

Aus seinen Erfahrungen ergibt sich deshalb auch ein klarer Gegenentwurf. Öffentliche Güter wie Wasser sollen in öffentlicher Hand bleiben. Statt Privatisierungen von aussen setzt er auf lokale Verantwortung, strikte staatliche Regeln für Rohstoffkonzerne und fachliche Zusammenarbeit zwischen Städten und Ländern – wie beim Austauschprojekt für die Wasserversorgung von Quito.

Für Länder in der Schuldenfalle sieht König mehr Handlungsspielraum, als häufig dargestellt wird: Neuverhandlungen mit Gläubigern, die Rückgewinnung eigener Währungshoheit und die selbstbestimmte Verwaltung von Rohstoffen. Im internationalen Handel plädiert er nicht für eine gemeinsame BRICS-Währung, sondern für eine stärkere Nutzung nationaler Währungen sowie für einen ausgewogenen Währungskorb, der die reale Wirtschaftskraft mehrerer Länder abbildet.

Sein grösserer Gedanke lautet: Zusammenarbeit statt Abhängigkeit, Infrastruktur und Handel statt Konfrontation, Diplomatie statt Krieg. Die Belt-and-Road-Verbindungen, der Hafen von Chancay und Chinas Vermittlung zwischen Saudi-Arabien und Iran versteht König als Hinweise darauf, dass wirtschaftliche Entwicklung auch verbindend und friedensfördernd organisiert werden kann.

Die Beispiele im Bericht sind konkret: Kreditauflagen, Goldabbau in Cajamarca, Rüstungsumsätze, Kriegsemissionen und neue Handelswege ausserhalb der Dollarordnung. Sie zeigen, worüber König spricht. Wo er darüber hinaus Verbindungen zieht, bleiben diese als seine eigene Analyse erkennbar.

Quellen und weiterführende Hinweise

Klima, Militär und Umwelt

- Wodne Sprawy: Bericht über die Ukraine-Zahlen der Initiative on GHG Accounting of War
- Lancaster University/Queen Mary University of London: Studie zu Emissionen des Kriegs in Gaza
- Climate and Community Institute: Research Snapshot – Iran Emissions Methodology
- The Conversation: *Wars destroy lives and the climate. Why aren't we counting military emissions?*

- Deutscher Bundestag: Kleine Anfrage 19/15249 – Das Militär und der Klimawandel
- National Security Archive: National Security and Climate Change
- UNFCCC: Entscheidung 2/CP.3
- Conflict and Environment Observatory: New Data Reveals the Military Emissions Gap Is Growing Wider
- UNEP: Environmental Impact of the Conflict in Ukraine
- DIW Berlin: Klimageld als sozialer Ausgleich bei höheren CO2-Preisen
- Oxfam: The Environmental Impact of Superyacht and Private Jet Emissions; Carbon Inequality Kills

Weltbank, Verschuldung und Rohstoffe

- IWF Independent Evaluation Office: Structural Conditionality in IMF-Supported Programs
- Weltbank/Extractive Industries Review: Striking a Better Balance
- ICIJ: Evicted and Abandoned – Key Findings
- Compliance Advisor Ombudsman: Peru – Yanacocha-02/Cajamarca
- INEI: Pobreza monetaria afectó al 27,6 % de la población del país en el año 2024
- EarthRights: Máxima Acuña-Atalaya v. Newmont Mining Corp.; Klageschrift, September 2017
- ILO: Child Labour in Mining and Global Supply Chains
- IDB: Reducción de Trabajo Infantil en Minas de Oro Artesanales en Puno
- UNICEF: Children's Rights and the Mining Sector
- Human Trafficking Search: Indicadores de Trabajo Forzoso en la Minería Ilegal de Oro en el Perú
- Joseph Stiglitz: *Globalization and Its Discontents*, W. W. Norton, 2002
- John Williamson / Peterson Institute: A Short History of the Washington Consensus
- Weltbank: Zeitleiste zum ersten Structural Adjustment Loan

Griechenland, Dollar und Finanzarchitektur

- Michael Hudson: Archiv, Juni 2015
- US-Aussenministerium: Foreign Relations of the United States, 1969–1976, Vol. XXXVI, Dokument 330
- IWF: COFER – Composition of Foreign Exchange Reserves
- Federal Reserve History: *The Meeting at Jekyll Island*
- Roger Lowenstein: *America's Bank*, Penguin Press, 2015
- William Greider: *Secrets of the Temple*, Simon & Schuster, 1987
- Tony Norfield: *The City: London and the Global Power of Finance*, Verso, 2016
- Nicholas Shaxson: *Treasure Islands*, Bodley Head, 2011

Kriegswirtschaft, China und neue Handelswege

- US-Nationalarchiv: Eisenhowers Abschiedsrede, 1961
- SIPRI: *Top 100 Arms Producers See Combined Revenues Surge*
- PAX, ICAN und Profundo: *Investing in the Arms Race*
- National Security Archive: *First Nukes on the Korean Peninsula*
- The National: Kriegsrisikoprämien für Hormus-Tanker, Juli 2026
- World Economic Forum: Ausfall der Kriegsversicherung in Hormus
- Reuters: Iran und Saudi-Arabien nehmen Beziehungen wieder auf, 10. März 2023
- AidData: *Chancay Port Opens as China's Gateway to South America*
- Reuters: Direkte Seeverbindung Guangzhou–Chancay
- Reuters: Venezuela und Delcy Rodríguez
- Reuters: Neue Ölregelungen für Venezuela
- Bloomberg: Indien löst China als grössten Ölabnehmer Venezuelas ab
- Reuters: Vereidigung Péter Magyar als ungarischer Ministerpräsident, 9. Mai 2026
- Reuters: Endgültiges Wahlergebnis Ungarn, 18. April 2026
- Reuters: Ungarns Preisdeckel für Kraftstoffe, 9. März 2026

Menschenhandel, Drogenhandel und Organhandel

- NPR: [Gespräch mit Julie K. Brown über ihre Epstein-Recherche](#)
- US-Senat: [Drugs, Law Enforcement and Foreign Policy](#)
- The Guardian: [Doctor admits Israeli pathologists harvested organs without consent](#)
- Europarat (PACE): [Bericht 12462](#)

Teilen



Bitte teilen Sie diesen Bericht. **Bitte abonnieren Sie auch meinen YouTube-Kanal.**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Einen Kommentar hinterlassen

Das Verschicken von politischen Mitteilungen und Aufklärungen verlangt keine Einhaltung von Spamvorschriften. Das UWG gilt gemäss der Rechtsprechung der Gerichte nur im Wirtschaftswettbewerb. Bundesamt für Kommunikation BAKOM.

Sie sind derzeit ein Free-Abonnent von Wissensgeist.TV. Nehmen Sie ein Upgrade für Ihr Abonnement vor, um von allen Vorteile zu profitieren.

Upgrade zu Paid vornehmen



GEFÄLLT MIR



KOMMENTAR



RESTACKEN

© 2026 Wissensgeist.TV

Abmelden

